



HIELT SICH MIT KRITIK AM NACHFOLGER ZURÜCK: Ex-Präsident Barack Obama erwähnte in Berlin mit keinem Wort Donald Trump, er machte aber deutlich, dass er den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen für einen großen Fehler hält. Foto: dpa

Der Charismatiker ist zurück

Barack Obama begeistert in Berlin / Ex-Präsident „dupliziert“ sich selbst

Von unserem Korrespondenten
Bernhard Junginger

Berlin. „Es ist gut, zurück zu sein.“ Mehr braucht der 44. US-Präsident gar nicht zu sagen, um das Berliner Publikum zu verzücken. Sein berühmtes, gewinnendes Lächeln tut ein übriges. An geschichtsträchtiger Stelle, im ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR, beschwört er die einigende Kraft der Demokratie, bekennt sich zum Klimaschutz und zur internationalen Kooperation. Die zumeist jungen Menschen im Bankettsaal, der heute zu einer privaten Wirtschaftshochschule gehört, sind begeistert. Wäre der charismatische Mann, der lässig mit offenem Hemdkragen auf der Bühne steht, der amtierende Präsident der USA, alle Sorgen um das deutsch-amerikanische Verhältnis würden abgewegelt erscheinen. Doch es ist Barack Obama, der das Weiße Haus in Washington 2017 nach achtjähriger Amtszeit verlassen hat.

Nach dem smarten Demokraten kam ein polternder Republikaner, der statt auf versöhnliche Reden auf Drohgebärden per Twitter setzt. Donald Trump, der 45. US-Präsident, verstört viele Deutsche zutiefst. Von Klimaschutz hält er nichts, internationale Verträge kümmern ihn wenig und an der Grenze zum Nachbarn Mexiko will er eine Mauer bauen.

In Berlin, der ehemaligen Mauerstadt, scheint die Abneigung gegen Trump besonders ausgeprägt, was beim Obama-Auftritt überdeutlich wird. Zwar nennt Obama den Namen kein einziges Mal, widersprüche direkte Kritik am Nachfolger doch dem Ehrenkodex der Ex-US-Präsi-

dent. Trotzdem kommt im Saal nie ein Zweifel daran auf, wen Obama im Auge hat, wenn er beklagt, dass ausgerechnet sein Land aus dem Pariser Klimaabkommen aussteige, für das er selbst so gekämpft habe. Oder wenn er von „mächtigen Kräften“ spricht, die die Errungenschaften Europas schlechtmachten.

Barack Obama, der als erster Afroamerikaner US-Präsident wurde, ist nicht mehr in offizieller Mission unterwegs, sondern für die Stiftung, die er gegründet hat. Ihr Ziel ist es, die „Anführer von morgen“ zu unterstützen. „Mich gibt es nur einmal“, so sagt er vor 300 Vertretern der Zivilgesellschaft aus ganz Europa, sein Ziel sei es nun, sich selbst praktisch lau-

Aufruf zu Klimaschutz und Zusammenarbeit

fend zu „duplizieren“. Aufgabe der Obamas der nächsten Generation sei es, sich in Politik und Wirtschaft für eine bessere Welt zu engagieren. Weil solche Stiftungen natürlich Geld brauchen, hält Obama zwei Tage zuvor in der Kölner Lanxess-Arena eine Art gigantisches Manager-Seminar. Rund 14 000 Zuschauer hatten für ein Ticket bis zu 5 000 Euro bezahlt.

Zwischen den öffentlichen Auftritten trifft Obama Kanzlerin Angela Merkel, die ihn mit Küsschen auf die Wange auf dem Ehrenhof des Kanzleramts begrüßt. Die nostalgische Verehrung, die Obama in Berlin entgegenschlägt, lässt sich mit der Bilanz seiner achtjährigen Amtszeit kaum erklären. In die fiel der NSA-Skan-

dal samt Überwachung des Handys von Merkel. Obama hielt am Gefangenenlager Guantanamo Bay fest. Er griff nicht ein, als der syrische Diktator Assad Giftgas gegen die Zivilbevölkerung einsetzte und befahl Drohnenangriffe.

Mit der Frage, was der Wechsel vom feinstimmigen Obama auf den polternden, Trump für die deutsch-amerikanische Freundschaft bedeutet, hat sich Jan Tschau beschäftigt, Direktor des Europa-Programms des German Marshall Fund. Er sagt: „Obama und frühere US-Präsidenten wussten um das große Machtgefälle zwischen den USA und kleineren Staaten wie Deutschland. Trotzdem begünstigten sie ihnen auf Augenhöhe. So entstand nie der Eindruck, dass sich die USA als Hegemonialmacht gebärden.“ Trump aber habe keinerlei geostrategisches Grundverständnis, so Tschau: „Er holt mit schlichten Vorstellungen in komplizierte Zusammenhänge hinein.“ So stehe Obama für die Hoffnung, „dass es auch wieder andere US-Präsidenten geben wird, dass es bei einer Amtszeit für Trump bleibt“. Beim gespannten Verhältnis von heute müsse es also nicht bleiben.

Um ganz andere Möglichkeiten der Entspannung geht es in der Frage, die eine junge Frau stellt, als der Auftritt Barack Obamas fast zu Ende ist. Wie er sich denn in stressigen Zeiten entspannt habe, will sie vom Ex-Präsidenten wissen, mit Yoga vielleicht? Obama verneint. Und dann bricht er aus ihm heraus, der Groll gegen den ungenannten Nachfolger: „Es gibt ganz sicher Politiker, die Meditation betreiben könnten. Die müssten sich einfach mal hinsetzen und nachdenken.“

„Zu viel Euphorie“ De Maizière über Politik und Stimmungen

Berlin. Seit seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung 2018 ist Thomas de Maizière aufs Fahrrad umgestiegen. Um nach der langen Zeit an der Spitze der Politik schneller loszulassen, schrieb der Ex-Bundesinnenminister (Foto: dpa) zudem ein Buch über das Regieren. Darüber sprach er jetzt mit Bernhard Junginger.

Seit Sie nicht mehr Minister sind, sieht man Sie mit dem Fahrrad durchs Regierungsviertel fahren. Wenn Sie eine Regierungslimousine sehen, überwiegt dann Wehmut oder Erleichterung?



T. de Maizière

De Maizière: Am Anfang war das natürlich eine Umstellung, mir stand ja seit 1990 ein eigener Dienstwagen zur Verfügung, das war sehr bequem. Aber freier ist man ohne. Und über diese neue Freiheit, bei schönem Wetter das Rad nehmen zu können, freue ich mich.

Wie haben Sie den Schnitt erlebt, nach so langer Zeit in der Spitzenebene der Macht wieder ein „ganz normaler“ Abgeordneter zu sein?

De Maizière: Die unmittelbare Veränderung, plötzlich nicht mehr Minister zu sein, hat etwas vom Abtrainieren eines Spitzensportlers. Da kann man nicht einfach aufhören, das ist ein Prozess, der bewusst organisiert werden muss. Man muss zum Beispiel seinen Tagesablauf anders gestalten. Ich laufe regelmäßig und gehe ab und zu ins Fitnessstudio. Ich lese den Teil der Zeitung zu Themen des Innenministeriums, den ich früher zuerst gelesen habe, heute meist gar nicht mehr oder zum Schluss. Und ich habe meine Gedanken zum Regieren in meinem Buch niedergeschrieben. Auch das war Teil des „Abtrainierens“.

Ihr Buch heißt „Regieren“. Was bedeutet gutes Regieren für Sie?

De Maizière: Regieren besteht darin, aus einer guten Idee oder einem politischen Ziel ein konkretes Ergebnis zu machen, sei es in Form eines Gesetzes oder eines Projekts. Und die Umsetzung dieses Prozesses in einem Ministerium, bei der Mehrheitsfindung, in der Diskussion mit der Gesellschaft, das ist Regieren.

Wurde Deutschland in der Flüchtlingskrise 2015 gut regiert?

De Maizière: Das kommt auf den Maßstab an. Im internationalen Vergleich auf jeden Fall ja. Wir hatten keine Ob-

dachlosigkeit, wir haben die Verteilung im Land hinbekommen. Wir hatten tolle Kommunalverwaltungen und großartige Ehrenamtliche. Im nationalen Vergleich müssen wir im Nachhinein sagen, dass wir hätten besser vorbereitet sein können. Was gefehlt hat, waren gesetzliche und technische Voraussetzungen, etwa des Datenaustausches zwischen Kommunen und Polizei. Wir haben das dann alles in der Krise schnell geändert. Zuvor hätte es dafür aber vielleicht auch gar keine Mehrheiten gegeben. Da ist die Demokratie ja wie der einzelne Mensch: Änderungen kommen oft nur in der Krise zustande.

Was war für Sie das Grundproblem dieser Krise?

De Maizière: Politik, Medien und die ganze Gesellschaft haben sich zu sehr von Stimmungen leiten lassen. Am Anfang herrschte vielleicht zu viel Euphorie. Unter dem Eindruck der Kölner Silvesternacht kippte alles und war dann vielleicht zu pessimistisch. Politik aber sollte solchen Stimmungen nicht zu schnell erliegen. Wir sind uns einig, dass sich die Situation von 2015 nicht wiederholen darf.

Nach der Absage des Länderspiels Deutschland-Niederlande wegen einer Terrorwarnung 2015 löste Ihr Satz „Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern“ Befremden aus. Bedauern Sie diese Aussage?

De Maizière: Der Satz war ungeschickt. Er hat mehr Unsicherheit gestiftet als Sorgen genommen. Das war ein Fehler.

Damals lagen uns zwei Warnungen vor Anschlägen vor, einer sollte im Stadion, einer am Hauptbahnhof verübt werden. Da ist es nicht leicht, die richtigen Worte zu finden, ohne zu lügen. Heute würde ich das anders machen.

Halten Sie es für vertretbar, wenn Kinder heute gegen die Schulpflicht verstoßen, um für mehr Klimaschutz zu demonstrieren?

De Maizière: Nein, das ist nicht hinnehmbar. Klimaschutz ist ein wichtiges Thema und Protest braucht auch Aufmerksamkeit. Aber auch Demonstrationen müssen sich an Regeln halten. Es geht nicht an, dass Protestierer sagen, diesen Teil der Rechtsordnung akzeptiere ich und den anderen nicht. Wenn das eine einmalige Sache wäre, würde man vielleicht ein Auge zudrücken können. Aber als Dauerinstitution geht das nicht.

BNN-Interview

Trump und der Verrat des Populismus

„Mund auf“ mit Historiker Hochgeschwender

Von unserem Redaktionsmitglied
Anatol Fischer

Karlsruhe. So manche Gewissheiten lässt Michael Hochgeschwender sterben – und seien es nur begriffliche. Dabei mag der eine oder andere vermutet haben, was ihn erwartet bei einem Vortrag mit dem Titel: „Trumps politische Ahnen? Eine Genealogie des Populismus in den USA“. Denn, wie der Professor für Nordamerikanische Kulturgeschichte erklärt, knüpft der gegenwärtige US-Präsident zwar rhetorisch an das an, was schon deutlich früher in den USA als Populismus bezeichnet wurde, doch es ist ein „Verrat des Populismus“, geradezu ein „Zerrbild“, wie er betont.

Damit irritiert Hochgeschwender, regt zum Nachdenken an und erntet immer wieder auch Gelächter bei den aufmerksam lauschenden Zuhörern in der Karlsruher Gartenhalle. Bereits zum 35. Mal hat die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe zum Vortrag „Mund auf“ geladen. Begrüßt werden von Akademie-Leiter Winfried Walther auch zahlreiche prominente Karlsruher: Neben Stadträten sind Ex-Generalbundesanwalt Kay Nehm und die Karlsruher Bürgermeisterin Bettina Lisbach (Grüne) im Publikum, die Letztere wird an diesem Tag das Nachwort sprechen.

Sie alle sind Teil dessen, wenn die Akademie in der voll besetzten Gartenhalle einen „Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs leistet“, wie Walther den Anspruch formuliert, und sich einer aktuellen Entwicklung widmet. So solle mit Hochgeschwenders Vortrag eine Einordnung der Phänomene Populismus und Donald Trump „über die Geschichte“ erfolgen. Die pauschale Verwendung des Begriffs Populismus für zahlreiche Erscheinungsformen stellt Hoch-

Appell für eine kritische Diskussion

geschwender dann gleich zu Beginn in Frage. Die Ursache, dass so viele unterschiedliche Bewegungen damit betitelt werden, vermutet er darin, dass man eine „Denk- und Argumentationsfaulheit“ kaschieren wolle. Es gehe mehr um moralische Ausgrenzung als um Analyse.

Um den Begriff des Populismus zu verstehen, geht der Historiker weit zurück. Sein Entstehen verortet er in den USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Wenige Großbesitzer steuern und besitzen in einer Art Kartell oder Oligopol nahezu die gesamte Wirtschaft, Demokraten und Republikaner regieren zum Ende des Jahrhunderts in einem Konsens, der sich ausschließlich an den Interessen des Großkapitals orientiert. Damit sei auch der in zahllosen Filmen verewigte Revolverheld Wyatt Earp eher ein „Söldner des Kapitals“ gewesen.



GESPANNT lauschte das Publikum beim Karlsruher Vortrag „Mund auf“ dem Münchner Professor für Nordamerikanische Kulturgeschichte, Michael Hochgeschwender. Foto: jodo

In diese Lücke stößt, so Hochgeschwenders Argumentation, eine Bewegung, die Kämpfe für das Gute und gegen das Böse austrägt. Der Gute ist hier, so stellt er die Frontlinien dar, der „common man“, der einfache Mann, abgegrenzt gegen das Böse – die korrupten Eliten, die ohne Moral nur ihre persönlichen Interessen verfolgen. Er zeichnet ein Bild von Populisten, die an eine radikaldemokratische Tradition anknüpfen, eher libertär als sozialistisch orientiert sind und im Konflikt mit der herrschenden Klasse stehen. „Trump knüpft daran rhetorisch an“,

stellt Hochgeschwender unumwunden fest. An diesem Punkt ende aber sein Populist-Sein, denn tatsächlich verfolge er zumeist die Interessen der Eliten, die er so scharf kritisiere.

Was er aber aufgreife, ist wieder eine soziale und ökonomische Krise, wie auch bei der Entstehung des historischen Populismus: 2008 habe sich nach vielen Jahren des Neoliberalismus gezeigt, dass staatliche Entscheidungen Industrie und Kapital folgten – zulasten einer großen benachteiligten Gruppe. Klar ist für Hochgeschwender, was auch Lisbach da-

nach formuliert: „Die USA, die wir kennen, sind vorbei.“ Er wird noch deutlicher: „Die Europäer müssen jetzt auf eigenen Füßen stehen.“ Denn das ist für ihn auch im Gespräch nach dem Vortragensende klar: „Trump ist ein Nationalist.“ Als solcher definiere er, was er für US-Interessen halte – auch wenn damit viele in der US-Wirtschaft nicht einverstanden seien. So bleibt am Ende der Appell, eine kritische Diskussion, aber doch bitte mit korrekten Begriffen, zu führen. Noch versagten viele vor dieser Herausforderung, bedauert Hochgeschwender.